Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Leipzig 21266. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 114. Donnerstag, 19. Mai 1921, abends. **74. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung an Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 46 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarisches Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 30 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Freitag, den 3. Juni 1921, vorm. 11 Uhr
sollen im Grundstücke der Faßgroßhandlung Klose in Neuweida in Ausübung des Selbsthilfeverkaufs

262 Stück 50 mm par. bes. Kiefern-Bohlen, scharfkantig, sägefallend

versteigert werden. **Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Riesa.**

Grießkartenausgabe.

Die Ausgabe der **Grießvorzugskarten** für
a) Schwangere vom Anfang des 7. Schwangerschaftsmonats an,
b) stillende Mütter bezw. Wöchnerinnen
erfolgt nach Vorlegung entsprechender Bescheinigung der Hebamme bezw. des Arztes
Freitag, den 20. Mai 1921, nachmittags 2—4 Uhr
im Rathaus, Lebensmittelkartenzentrale, Zimmer Nr. 15.

Der Rat der Stadt Riesa, am 18. Mai 1921. Lie.

Milchmarkenausgabe.

Die Ausgabe der Vollmilchkarten auf die Zeit vom 23. Mai bis 17. Juli 1921 findet
Freitag, den 20. Mai 1921, nachm. 2—4 Uhr
in den bekannten Ausgabestellen im Rathaus statt.

Der Rat der Stadt Riesa, den 18. Mai 1921. Lie.

Wasserleitung Gröba, Elbe.

Freitag, den 20. Mai 1921, und zwar in der Zeit von nachmittags 1 Uhr bis nachmittags 6 Uhr, und Sonnabend, den 21. Mai 1921, von vormittags 7 Uhr bis mittags 12 Uhr, soll **eine Spülung des Wasserleitungsrohrnetzes** vorgenommen werden. Dadurch wird zeitweilige Trübung des Wassers vorkommen, auch wird stellenweise vorübergehend das Wasser ganz wegbleiben. Den Wasserentnehmern wird deshalb empfohlen, rechtzeitig das erforderliche Leitungswasser zu entnehmen.

Gröba (Elbe), am 17. Mai 1921. **Der Gemeindevorstand.**

Milch-, Brot- und Zuckerkartenausgabe in Gröba.

Freitag, den 20. Mai 1921, nachmittags von 4—5 Uhr werden im hiesigen Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6 die **Milchmarken** auf die Zeit vom 23. Mai bis 17. Juli 1921 ausgegeben.

Die Ausgabe der **Brot- und Zuckermarken** erfolgt ebenfalls **Freitag, den 20. Mai 1921, nachmittags 4—5 Uhr** in den bekannten Markenausgabestellen. Die Ausgabe der **2. Zuckerkarte für Kinder bis zu 2 Jahren** erfolgt dagegen erst **Sonnabend, den 21. Mai 1921, vormittags von 7—12 Uhr** im hiesigen Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6, unter Vorlegung eines entsprechenden Ausweises (Geburtsschein, Impfschein oder Familienstammbuch). Für nicht rechtzeitiges Abholen ist eine Gebühr von 50 Pfg. zu entrichten.

Gröba (Elbe), am 19. Mai 1921. **Der Gemeindevorstand.**

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 19. Mai 1921.

—* Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend von 5 Uhr ab in der Oberrealschule abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium fehlten die Herren Stadtv. Klemm und Schinkel. Als Vertreter des Rats waren Herr Bürgermeister Dr. Scheider und Herr Stadtrat Kern anwesend. Der Zuhörerraum war gut besetzt. Die Sitzung leitete Herr Vorsteher Günther.

1. Vom Mieterverein war vorgeschlagen worden, daß die Beisitzer der Mieter beim Mieteinigungsamt von ihm vorgeschlagen werden sollten. Diesem Wunsche ist in einem zweiten Nachtrag zur Ordnung des Mieteinigungsamtes Rechnung getragen worden. Das Mieteinigungsamt besteht aus 1 Vorsitzenden und 3 Stellvertretern, 6 Beisitzern und 6 Stellvertretern. Die Beisitzer bestehen je zur Hälfte aus Hausbesitzern und Mietern. Die Beisitzer werden auf die Dauer von 2 Jahren vom Rate ernannt. Der Rat, der dem Nachtrag seine Zustimmung erteilt hat, hat sich für die Beisitzer vom Mieter- und Hausbesitzerverein Vorschläge machen lassen und als Hausbesitzer-Beisitzer die Herren Privatus Blumenschein, Kaufmann Kreuß und Erwin Klemm, sowie als Mieter-Beisitzer die Herren Paul Schmidt, Stadtrat Jobst und Richard Fehre ernannt. Stadtv.-Vizevorst. Beier (Unabh.) beantragte, daß die Beisitzer ihr Amt nicht 2 Jahre, sondern nur 1 Jahr ausüben und vom Stadtverordnetenkollgium gewählt werden sollten. Der Antrag wurde, da er nicht die genügende Unterstützung fand, abgelehnt. Die Vorlage wurde genehmigt.

2. Der Rat hat den Beitritt der Stadt zum Elbe-Oder-Kanalverein mit einem Jahresbeitrag von 30 M. auf je angefangene 1000 Einwohner beschlossen. Dem Beschluß wurde vom Kollegium beigetreten.

3. Der Ausschuß für Ferienwanderungen hat gebeten, die ihm von der Stadt zur Beschaffung von Freikarten für minderbemittelte Kinder gewährte Beihilfe von jährlich 400 M. auf 600 M. zu erhöhen. Frau Stadtv. Schlimpert (Soz.) beantragte, die Beihilfe auf 1000 M. zu erhöhen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4. Die Schlachthofskasse hat einen Verlust von 95 639 M. aufzuweisen, der durch den Wegfall der Militärschlachtungen, den Rückgang der anderen Schlachtungen während des Krieges und das Anwachsen der Ausgaben für die Betriebsmittel entstanden ist. Das Defizit soll auf Abschnitt 18 der Rechnung übernommen und aus der Stadthauptkasse gedeckt werden. Herr Stadtv. Schneider (Soz.) erklärte, daß die Verwaltung des Schlachthofes alles versuchen müsse, die Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwiderte, daß die Verwaltung des Schlachthofes und der Schlachthofausschuß sich in dieser Richtung alle erdenkliche Mühe gegeben hätten. Eine Erhöhung der Einnahmen sei aber nur durch eine Erhöhung der Schlachtgebühren zu erreichen, die wieder eine Verteuerung des Fleisches zur Folge hätten. Er habe im Wirtschaftsministerium darauf hingewiesen, daß eine Hilfsaktion seitens des Staates einsetzen müsse. Diese scheitere daran, daß der Staat sich selbst in finanziellen Schwierigkeiten befinde. Er habe ferner darauf hingewiesen, daß vielleicht von den vom Viehhandelsverband verdienten Millionen etwas für die Schlachthöfe zur Verfügung gestellt werden könnte. Darauf habe das Ministerium wenig Hoffnung gemacht, weil auf die Mittel des Viehhandelsverbandes schon alle möglichen Kreise ihre Augen gerichtet hätten. Vom Ministerium sei die Notlage der Schlachthöfe aber anerkannt worden, weshalb die Hoffnung doch nicht ganz aussichtslos sei, daß durch Staatsbeihilfe etwas getan werde. Herr Stadtv. Doberenz (Unabh.) hält die Staatsbeihilfe ebenfalls für notwendig, da der Kommunalverband, der Viehhandelsverband und die Militärbehörde Raubbau an unserem Schlachthof getrieben hätten, der einem Trümmerhaufen gleiche. Herr Stadtv. Ketzer (Bürgerl.) meint, daß unsere Stadt als frühere Garnisonstadt vom Reiche anders behandelt werden müsse als andere Städte, die keine Garnison gehabt hätten. Dem Reiche müsse unser Notstand vor Augen geführt werden, damit über die normalen Zuweisungen aus der Reichseinkommensteuer hinaus noch Sonderzuweisungen erfolgen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärt, daß Herr Stadtv. Doberenz stark aufgetragen habe. Der Vorschlag des Herrn Stadtv. Ketzer erscheine aussichtslos, da das Reich ihn ablehnen werde. Es sei höchstens möglich, infolge der Leerstellung der 32er Kaserne eine Entschädigung zu erhalten. Ein diesbezüglicher Antrag sei gestellt, aber auch er habe wenig Aussicht auf Erfolg. Herr Stadtv. Schneider (Soz.) erklärte, daß die Bemerkung des Herrn Stadtv. Doberenz, der Schlachthof gleiche einem Trümmerhaufen, nicht zutreffe, richtig sei aber, daß zu der Zeit, als der Schlachthof noch gute Einnahmen gehabt habe, Reparaturen zurückgestellt worden seien, die damals gut hätten ausgeführt werden können. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwiderte, wenn in den bezeichneten Jahren größere Reparaturen zurückgestellt worden seien, so aus dem Grunde, weil vor dem Kriege für notwendig erachtet worden sei, daß die Dampfanlage verlegt werden und der Schlachthof infolgedessen eine Umgestaltung erfahren müsse. Deshalb habe man kostspielige Reparaturen zweckmäßigerweise zurückgestellt. Nachdem Herr Stadtv. Doberenz (Unabh.) nochmals seine Auffassung dargelegt, wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

5. Der Besitzer des Elbbades, Herr Große, gewährt einem großen Teile der Bevölkerung Freibäder. Von der Stadt erhält er Beihilfen, die infolge der Teuerung von Jahr zu Jahr erhöht werden mußten. Auch im vorigen Jahre ist er nicht auf seine Rechnung gekommen, weshalb er auch für dieses Jahr um eine Erhöhung der städtischen Beihilfe nachgesucht hat. Im vorigen Jahr hat er mit einem Fehlbetrag von 1260 M. abgeschlossen und für dieses Jahr hat er einen solchen von 5150 M. errechnet. Er bittet, die städtische Beihilfe auf wenigstens 5- bis 6000 M. zu bemessen. Der Rat hat beschlossen, ihm eine städtische Beihilfe von 5000 M. zu gewähren. Herr Stadtv.-Vizevorst. Beier (Unabh.) beantragt, den Zuschuß erst nach Beendigung der Badesaison zu gewähren, wenn sich das Defizit genau feststellen lasse. Er ist der Meinung, daß der Besitzer aus der Verleihung der Wäsche und aus dem Verkauf von Bier und anderen Getränken erheblichen Nutzen ziehe. Er war außerdem der Meinung, daß die Stadt das Pionierbad hätte erwerben sollen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider sprach sich gegen den Antrag aus, da Herr Große sonst die Freibäder nicht gewähren werde. An der Bevölkerung gemessen, sei die Forderung von 5000 M. nicht zu hoch. Das Pionierbad habe sich in einem Zustande befunden, daß es nicht hätte erworben werden können. Der Antrag Beier wurde nicht genügend unterstützt und war deshalb abgelehnt. Die Herren Stadtv. Ketzer (Bürgerl.), sowie Schönborn und Schneider (Soz.) traten für die Ratsvorlage ein und wandten sich gegen Vorschläge des Herrn Stadtv. Johne (Unabh.), der für eine Vergrößerung des Große'schen Bades durch abgesteckte Bade- und Tummelplätze und durch das Pionierbad eingetreten war. Gegen die Bemerkung des Herrn Beier, daß der Besitzer aus dem Verkauf von Getränken und Eßwaren große Ueberschüsse erziele, wandte sich Herr Stadtv. Romberg. Die Vorlage wurde schließlich gegen die 3 Stimmen der Unabhängigen angenommen.

6. Der Verein für Jugendpflege, hat um Erhöhung der städtischen Beihilfe gebeten. Der Rat hat beschlossen, den städtischen Betrag von 600 auf 1000 M. jährlich zu erhöhen. Herr Vorsteher Günther bemerkt, daß dem Verein das Jugendheim gekündigt worden sei und die Jugendgruppen daher ohne Heim seien. In dem Heim solle eine Loge untergebracht werden. Der Vorwurf, daß sich die Arbeiterjugend nicht einwandfrei betragen habe, sei ohne Grund. Die Stadt müsse es als ihre Aufgabe betrachten, der Jugend ein anderes Heim zu schaffen. Die Vorlage wurde angenommen.

7. Der Rat hat sich mit der Veranstaltung zweier Gastspiele der Künstlerischen Schaubühne des Sächs. Künstlerhilfsbundes im kommenden Winter und mit der hierzu erbetenen städtischen Beihilfe einverstanden erklärt. Die Stadt hat die Kosten für den Saal, die Beleuchtung, die Arbeitskräfte und den Bühnenvorbau zu übernehmen, sowie 1500 M. zu den Kosten der Zureise beizutragen. Herr Stadtv. Ketzer (Bürgerl.) erkennt an, daß die Künstlerische Schaubühne segensreich gewirkt habe, meint aber, daß gerade die Arbeiterkreise, denen durch die städtische Unterstützung des Unternehmens der Besuch guter Vorstellungen habe ermöglicht werden sollen, von der Einrichtung wenig Gebrauch gemacht hätten. Es scheine, daß noch andere Mittel und Wege gesucht werden müßten, um diesen Kreisen den Besuch zu ermöglichen. Herr Stadtv.-Vizevorst. Beier (Unabh.) meint, daß der Arbeiter nicht so viel Geld übrig habe, um ins Theater gehen zu können. Herr Vorst. Günther (Soz.) erklärt, daß beim vorletzten Gastspiel die Arbeiterkreise nicht so stark vertreten gewesen seien, weil die Ermäßigung der Preise nicht groß genug gewesen sei. Nachdem der Volksbildungsverein Mitglied des Künstlerhilfsbundes geworden sei, seien auch die Ermäßigungen größer und die Beteiligung aus Arbeiterkreisen besser geworden. Herr Stadtv. Mehlhorn (Soz.) erklärt, daß auch den Kopfarbeitern bis zur Gehaltsgruppe 5 es nicht möglich sei, solche Theatervorstellungen zu besuchen. Herr Stadtv. Ketzer erklärt, daß er nur habe sagen wollen, daß Mittel und Wege gesucht werden möchten, um diesen Kreisen den Besuch auch zu ermöglichen. Im übrigen sei festzustellen, daß die Kinos voll besetzt seien, obwohl dort auch Preise verlangt würden, wie auf den unteren Plätzen im Theater. Herr Stadtv. Richter (Soz.) ist der Ansicht, daß der schlechte Besuch aus Arbeiterkreisen mit damit zusammenhänge, daß die Arbeiter früher systematisch von den Kunstgenüssen ferngehalten worden seien. Es werde jahrelanger Aufklärung bedürfen, um die Arbeiter auf diesem Gebiete heranzubilden. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß auch er die Aeußerung des Herrn Ketzer so verstanden habe, daß die Einführung von billigen Plätzen noch mehr angestrebt werden müsse. Nach dieser Richtung werde er sich auch bemühen. Im übrigen stellte er fest, daß ganz allgemein die Veranstaltungen des Künstlerhilfsbundes in unserer Stadt viel zu wenig Beachtung fänden. Herr Vorst. Günther (Soz.) bemerkte, daß nicht nur in der Arbeiterschaft ein Mangel an Volksbildung vorhanden sei. Auch die besitzenden Kreise seien in den Operettenvorstellungen stark vertreten. — Die Vorlage wurde hierauf einstimmig angenommen.

8. Da dem Besitzer der Kaserne 2/68 an der Poppitzer Straße die Genehmigung zum vollständigen Abbruch der Kaserne nicht erteilt worden ist, hat er den Vorschlag gemacht, das Stabsgebäude zu Wohnungen auszubauen. Es können in dem Gebäude 3 Wohnungen erstellt werden, die einen Aufwand von 25000 M. erfordern. Der Rat hat beschlossen, dem Besitzer zu diesem Umbau 6000 M. zu bewilligen. Das Kollegium trat diesem Ratsbeschlusse bei.

9. Vom Ministerium war dem Rat mitgeteilt worden, daß sich unsere Handelsschule nur aufrechterhalten lasse, wenn die Stadt sich bereit erkläre, ihre Beihilfe wenigstens auf ⅓ der gesamten persönlichen Lasten zu erhöhen. Der städtische Beitrag würde sich darnach auf etwa 37000 M. belaufen haben. In einem Abkommen, das der Rat mit dem Ministerium getroffen hat, ist es aber gelungen, die städtische Beihilfe auf 20000 M. herabzumindern. Außerdem hat der Rat sich noch bereit erklärt, von einem noch verbleibenden Defizit in Höhe von 9000 M. 2000 M. zu übernehmen. Durch eine Erhöhung des Schulgeldes ab 1. Juli d. J. hofft die Handelsschule 10000 M. zu gewinnen. Einen Beitrag wird auch die Handelskammer übernehmen. Herr Stadtv. Richter (Soz.) wünscht, daß das Schulgeld nach den Einkommensverhältnissen der Eltern gestaffelt, oder die Zahl der Freistellen erhöht wird. Sollte diesem Wunsche nicht Rechnung getragen werden, dann werde die soz. Fraktion im nächsten Jahre jedenfalls eine ablehnende Haltung einnehmen. Herr Stadtv. Ketzer (Bürgerl.) erwiderte, daß das Schulgeld in den meisten Fällen von den Lehrherren bezahlt werde. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß das Bedürfnis nach einer Handelsschule für Riesa nicht von der Hand zu weisen sei. Der Beitrag von 20000 M. entspreche unserem Interesse an der Schule. Der Wunsch der soz. Fraktion auf Schulgeldstaffelung könne der Handelsschule übermittelt werden, ebenso der Wunsch auf Vermehrung der Freistellen. Herr Stadtv. Johne (Unabh.) bemerkt, daß die unabh. Fraktion der Vorlage wenn auch schweren Herzens zustimmen werde, obwohl sie die Handelsschule als Konkurrenzanstalt der Mädchenfortbildungsschule ansehe und noch verschiedene andere Wünsche zu äußern seien. Herr Stadtv. Richter (Soz.) hält es für wünschenswert, durchzuführen, daß die Lehrherren das Schulgeld bezahlen. Nachdem noch Herr Bürgermeister Dr. Scheider auf die Ausführungen des Herrn Stadtv. Johne geantwortet und betont hatte, daß von einem Konkurrenzunternehmen der Mädchenfortbildungsschule nicht die Rede sein könne, wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

10. Der Stadt ist die Möglichkeit gegeben, hiesige militärische Gebäude zu erwerben. Es handelt sich um das Kammergebäude und das Wirtschaftsgebäude in Kaserne 1/68 und um das fiskalische Pulverhaus am alten Paulitzer Wege. In dem Kammer- und Wirtschaftsgebäude könnten eventuell 18, mindestens aber 10 Wohnungen erstellt werden. Der Rat hat beschlossen, als Kaufpreis für das Wirtschaftsgebäude 70000 M., für das Kammergebäude 40000 M. und für das fiskalische Pulverhaus 30000 M. in Vorschlag zu bringen. Die Klageerhebung wegen des Abhandenkommens der Blitzableitung am städtischen Pulverhaus und der Beschädigung eines Zaunes soll ausgesetzt, dem Fiskus jedoch ausdrücklich erklärt werden, daß eine Uebernahme des städtischen Pulverhauses zurzeit abgelehnt wird. Bei Rückgabe des Schwarzen Platzes an die Stadt sollen dieser 20000 M. gezahlt werden als Entschädigung dafür, daß man auf die Wiederherstellung des Platzes in kulturfähigen Zustand verzichtet. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß das Kammergebäude und das Wirtschaftsgebäude als Fremdkörper in der Wohnungssiedlung der Kaserne